

## Geschäftsverteilungsplan des Bundesgerichtshofes für das Geschäftsjahr 1970

### A. Geschäftsverteilung

#### I. Zivilsenate

##### Dem I. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Urheberrecht, Verlagsrecht und das Geschmacksmusterrecht;
2. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes, soweit sie nicht dem X. Zivilsenat zugewiesen sind, insbesondere die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Warenzeichen,
  - b) Ansprüche aus dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, dem Rabattgesetz und der Zugabeverordnung,
  - c) Firmen- und Namensrecht, soweit es sich um die Verwechselbarkeit im geschäftlichen Verkehr handelt;
3. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Sortenschutzgesetz, soweit es sich um Streitigkeiten über die Sortenbezeichnung handelt;
4. die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden gegen Beschlüsse des Bundespatentgerichts in Warenzeichen- und Geschmacksmustersachen sowie in Sortenschutzsachen, soweit es sich um die Sortenbezeichnung handelt;
5. die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche aus Kontokorrenten (HGB § 355),
  - b) Ansprüche aus Kommissionsgeschäften (HGB §§ 383 ff);
6. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus Speditions-, Lager- und Frachtgeschäften;
7. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus dem Erwerb eines Handelsgeschäftes (GVG § 95 Nr. 4 d);
8. die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 36 ZPO und § 9 EGZPO;
9. die Entscheidungen nach § 7 Abs. 2 LwVG (kraft Gesetzes);
10. alle Rechtsstreitigkeiten und Entscheidungen, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind;
11. die Entscheidungen, die erforderlich werden, bevor sich der für die Bearbeitung der Sache zuständige Senat feststellen läßt;
12. die Ansprüche gegen einen Patentanwalt aus Anlaß seiner Berufstätigkeit (Patentanwaltsgesetz) einschließlich von Schadensersatzansprüchen, soweit es sich um Tätigkeiten auf den dem I. Zivilsenat zugewiesenen Rechtsgebieten handelt.

##### Dem II. Zivilsenat sind zugewiesen

1. a) die Seesachen (HGB §§ 476 ff nebst Strandungsordnung einschließlich von Zusammenstößen von Schiffen mit anderen Gegenständen),
- b) die Rechtsstreitigkeiten aus den Reichsgesetzen über Binnenschifffahrt und Flößerei (einschließlich von Zusammenstößen von Schiffen mit anderen Gegenständen),
- c) Schadensersatzansprüche gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts aus der Verletzung von Pflichten zur Unterhaltung oder Verkehrssicherung von Wasserstraßen,

- d) die Rechtsstreitigkeiten über Schleppverträge und Versicherungen (einschließlich von Rückversicherungen) von Schiffen oder Güterversicherungen für den See- oder Fluß-Transport allein oder in Verbindung mit Landtransport,
  - e) die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken vom 15. November 1940, über Besitz und Eigentum an Schiffen und Schiffsbauwerken sowie über Ansprüche aus schuldrechtlichen Verträgen über Schiffe und Schiffsbauwerke (Werftverträge),
  - f) die Rechtsstreitigkeiten über Schiffspfandrechte und Zwangsvollstreckung in Schiffe (ZVG §§ 162 ff);
2. die Rechtsstreitigkeiten über
    - a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von Wertpapieren,
    - b) Ansprüche aus Besitz und Eigentum (einschließlich der Fälle des § 771 ZPO), Nießbrauch und Pfandrecht (einschließlich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts, HGB § 369) an Wertpapieren sowie aus Rechtsgeschäften hierüber,
    - c) Ansprüche auf Grund des Börsengesetzes und des Gesetzes betr. die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere;
  3. die Rechtsstreitigkeiten über
    - a) Ansprüche aus Gesellschaftsverhältnissen (BGB §§ 705 ff) und Gemeinschaften (BGB §§ 741 ff),
    - b) innere Verhältnisse von Handelsgesellschaften, stillen Gesellschaften, eingetragenen Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie Vereinen (auch Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit) mit Einschluß der Rechtsstreitigkeiten zwischen diesen Gesellschaften, Genossenschaften oder Vereinen und ihren Vorstandsmitgliedern oder Geschäftsführern,
    - c) Firmenrecht (HGB §§ 17 ff); soweit nicht der I. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 2 c);
  4. die Rechtsstreitigkeiten über Wechselsachen, Schecksachen und Ansprüche aus kaufmännischen Anweisungen;
  5. die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662 ff) zwischen Kreditinstituten und ihren Kunden oder zwischen Kreditinstituten untereinander, soweit die Institute die üblichen Bankgeschäfte betreiben und nicht mit Sonderaufgaben befaßt sind (wie z. B. Bausparkassen, Teilzahlungsinstitute und ähnliche);
  6. die Entscheidungen im Falle des § 28 FGG,
    - a) sofern es sich um die Führung der Schiffsregister, Binnenschiffsregister und Schiffsbauregister und sonstige Befugnisse der Registerrichter oder Dispachen handelt,
    - b) soweit es sich um die Führung der Handelsregister, Genossenschaftsregister und Vereinsregister und um sonstige Befugnisse der Registerrichter handelt.

### Dem III. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Schadensersatzansprüche
    - aa) von juristischen Personen des öffentlichen Rechts gegen ihre Beamten, Richter und Soldaten auf Grund des Dienstverhältnisses, soweit nicht der V. Zivilsenat (Nr. 2 h) oder der VI. Zivilsenat (Nr. 5) zuständig ist,
    - bb) gegen Beamte aus § 839 BGB, soweit nicht der V. Zivilsenat (Nr. 2 h) oder der VI. Zivilsenat (Nr. 5) zuständig ist,
    - cc) gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts auf Grund des Art. 131 WRV und des Art. 34 GG, soweit nicht der V. Zivilsenat (Nr. 2 h) oder der VI. Zivilsenat (Nr. 5) zuständig ist,
    - dd) gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts aus der Verletzung der Straßenunterhaltungspflicht oder Verkehrssicherungspflicht auf Straßen, jedoch mit Ausnahme von Wasserstraßen, für die der II. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 1 c),
  - b) die Ansprüche von Beamten, Richtern und Soldaten sowie ihren Hinterbliebenen auf Grund des Dienstverhältnisses, soweit noch die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte begründet ist;
2. die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche auf Entschädigung wegen
    - aa) Enteignung und enteignungsgleichen Eingriffs,
    - bb) Inanspruchnahme auf Grund des Reichsleistungsgesetzes und des Bundesleistungsgesetzes oder wegen polizeilicher Maßnahmen enteignungsähnlicher Art,
    - cc) unschuldig erlittener Untersuchungshaft oder Freipruchs im Wiederaufnahmeverfahren,
  - b) vermögensrechtliche Ansprüche aus Aufopferung für das gemeine Wohl und aus öffentlich-rechtlicher Verwahrung sowie Schadensersatzansprüche aus der Verletzung öffentlich-rechtlicher Pflichten (VwGO § 40 Abs. 2 Satz 1),
  - c) Ansprüche aus der Menschenrechtskonvention;
3. die Entscheidungen über Revisionen in Angelegenheiten des Baulandbeschaffungsgesetzes vom 3. August 1953 und des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960;
4. Erbrecht einschließlich von Erbschaftskäufen, soweit nicht der IV. Zivilsenat (Nr. 1 c und d) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 f) zuständig ist;
5. Schenkungen (BGB §§ 516 ff), soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 a) zuständig ist, sowie Stiftungen (BGB §§ 80 ff), Nießbrauch an Vermögen (BGB §§ 1085 ff) und Leibrenten (BGB §§ 759 ff);
6. die Rechtsstreitigkeiten über Darlehen (BGB §§ 607 ff) oder abstrakte Schuldverhältnisse (BGB §§ 780—808 a), soweit nicht der I. Zivilsenat (Nr. 5 a) oder der II. Zivilsenat (Nr. 2 c) zuständig ist;
7. die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Bergrechtssachen (EGBGB Art. 67) einschließlich der Abbaurechtssachen (EGBGB Art. 68) sowie Wasserrechtssachen (EGBGB Art. 65) einschließlich der Deich- und Siedelrechtssachen (EGBGB Art. 66),
  - b) Jagd- und Fischereirechte nebst Verträgen hierüber;
8. die Entscheidungen nach § 109 BRAO (auch in Verbindung mit § 108 BNotO), § 77 Abs. 2 der Wirtschaftsprüferordnung, § 56 Abs. 2 des Steuerberatungsgesetzes und § 93 Abs. 2 der Patentanwaltsordnung;
9. die Entscheidungen nach § 159 Abs. 1 GVG in Zivilsachen nebst § 2 FGG;
10. die Entscheidungen in den Fällen des § 28 FGG, wenn es sich um Nachlasssachen handelt, bei denen es nicht ausschließlich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichendes Recht der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke geht.

### Dem IV. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Personenrecht, insbesondere Namensrecht (BGB § 12), soweit nicht der I. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 2 c), einschließlich Entmündigungen und Todeserklärungen,
  - b) Familienrecht,

- c) die erbrechtlichen Wirkungen der Zugewinnngemeinschaft (BGB § 1371),
- d) Ansprüche nichtehelicher Kinder auf vorzeitigen Erb-  
ausgleich;
2. die Rechtsstreitigkeiten über Versicherungsverhältnisse, soweit sie nicht dem II. Zivilsenat (Nr. 1 d) zugewiesen sind;
3. die Rechtsstreitigkeiten über die Vertragsverhältnisse der Makler (BGB §§ 652 ff) einschließlich der Handelsmakler (HGB §§ 93 ff) sowie über Ansprüche aus § 354 HGB;
4. die Entscheidungen in Fällen des § 28 FGG, sofern es sich um Personenrechts- und Familienrechtssachen handelt;
5. die Bestimmung des zuständigen Gerichts im Falle des § 650 Abs. 3 ZPO;
6. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes gemäß § 23 Abs. 1, § 29 Abs. 1 EGGVG über die Rechtmäßigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Maßnahmen, die von den Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts einschließlich des Handelsrechts, des Zivilprozesses und der freiwilligen Gerichtsbarkeit getroffen sind.

### Dem V. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden in Landwirtschaftssachen;
2. die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche aus Verträgen über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte (einschließlich Vorkaufs und Wiederkaufs),
  - b) Landpachtverträge (LandpachtG v. 25. Juni 1952 § 1),
  - c) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an Grundstücken und an Sachen, die mit einem Grundstück oder Gebäude in körperliche Verbindung gebracht sind, mit Einschluß von Oberbau und Grenzverhältnissen (BGB §§ 912—916, 919—923), ferner die Rechtsstreitigkeiten aus dinglichen Vorkaufsrechten und Rechtsgeschäften darüber,
  - d) Ansprüche aus dinglichen Rechten an Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten und Rechtsgeschäften darüber,
  - e) Nachbarrecht nebst dessen Verletzung (BGB §§ 903—910, GewO § 26),
  - f) Erbrecht, wenn es sich ausschließlich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichendes Recht der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke handelt,
  - g) Zwangsvollstreckung in Grundstücke mit Einschluß von Kauf und Tausch von Rechten aus dem Meistgebot (ZVG § 81),
  - h) Schadensersatzansprüche wegen Amtspflichtverletzung von Grundbuchbeamten in Grundbuchsachen einschließlich der Rückgriffsansprüche gegen Beamte,
  - i) kirchenrechtliche Verhältnisse sowie Schulbaulasten und Grabstätten (EGBGB Art. 132, 133),
  - k) Familiengüter und Lehen (EGBGB Art. 59);
3. die Entscheidungen in den Fällen
  - a) des § 28 FGG, wenn es sich um Nachlasssachen handelt, bei denen es ausschließlich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichendes Recht der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke geht,
  - b) des § 79 GBO,
  - c) des § 2 ZVG und des § 3 des Gesetzes zur Änderung der Vorschriften des Fideikommiss- und Stiftungsrechts vom 28. Dezember 1950.

### Dem VI. Zivilsenat sind zugewiesen

die Rechtsstreitigkeiten über

1. Ansprüche aus unerlaubten Handlungen, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 a, b, c), der III. Zivilsenat (Nr. 1 a und 7 b) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 c und h) zuständig ist, Schadensersatzansprüche aus Heilbehandlung, auch wenn die Ansprüche auf Vertrag gestützt sind, sowie Ansprüche aus dem Recht am eigenen Bild (§§ 22 f des KunstUrhG vom 9. Januar 1907);
2. Ansprüche aus Unfällen, an denen ein Luftfahrzeug, ein Kraftfahrzeug, eine Eisenbahn oder eine Straßenbahn beteiligt sind, auch wenn sie auf den Beförderungsvertrag gestützt sind, jedoch mit Ausnahme der zur Zuständigkeit



des I. Zivilsenats (Nr. 6) gehörenden Frachtverträge über Güter;

3. Schadensersatzansprüche auf Grund sonstiger besonderer Gesetzesvorschriften (z. B. ZPO § 302 Abs. 4, §§ 717, 945), soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind;
4. Dienstverhältnisse, soweit nicht der I. Zivilsenat (Nr. 12), der II. Zivilsenat (Nr. 3 b), der VII. Zivilsenat (Nr. 1 b und 2) oder der X. Zivilsenat (Nr. 7) zuständig ist;
5. Schadensersatzansprüche wegen Pflichtverletzungen von Notaren, auch soweit diese Beamte sind, sowie gegen Rechtsanwälte.

#### Dem VII. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Werkverträge, soweit nicht der VI. Zivilsenat (Nr. 1 und 2) oder der II. Zivilsenat (Nr. 1 e) zuständig ist,
  - b) Dienstverhältnisse der Architekten und anderer bei Bauten beschäftigter Personen;
2. die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662—676) und Geschäftsführung ohne Auftrag (BGB §§ 677—687), soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 5) zuständig ist;
3. die Rechtsstreitigkeiten über ungerechtfertigte Bereicherung (BGB §§ 812 ff), sofern es nicht mit Rücksicht auf das neben diesen Bestimmungen anzuwendende Recht zweckmäßig erscheint, daß die Sache von dem für dieses Recht zuständigen Senat erledigt wird;
4. die Rechtsstreitigkeiten über Schiedsverträge und Schiedssprüche (ZPO §§ 1025 ff, § 274 Abs. 2 Nr. 3);
5. die Rechtsstreitigkeiten über die Vertragsverhältnisse der Handelsvertreter (HGB §§ 84 ff);
6. die Entscheidungen in den Fällen des § 28 FGG, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 6), der III. Zivilsenat (Nr. 10), der IV. Zivilsenat (Nr. 4), der V. Zivilsenat (Nr. 3 a) oder der VIII. Zivilsenat (Nr. 4) zuständig ist.

#### Dem VIII. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von beweglichen Sachen und Rechten, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 2 a) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 d und g) zuständig ist,
  - b) Miet- und Pachtverhältnisse, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 b) zuständig ist,
  - c) Leihe und Verwahrung (BGB §§ 598 ff, 688 ff), soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 2 c), der III. Zivilsenat (Nr. 2 b) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 a) zuständig ist,
  - d) Bürgschaften (BGB §§ 765 ff); jedoch ist bei Rechtsstreitigkeiten über eine Bürgschaft für die Zuständigkeit die Hauptverbindlichkeit maßgebend, wenn nur deren Bestand den Gegenstand des eigentlichen Streites bildet;
2. die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an beweglichen Sachen, aus Funden (BGB §§ 965 ff) sowie auf Vorlegung von Sachen (BGB §§ 809—811), soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 2 b) zuständig ist,
  - b) Ansprüche aus Nießbrauch und Pfandrecht an beweglichen Sachen und Rechten einschließlich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts (HGB § 369) und von Rechtsgeschäften hierüber, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 2 b) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 d) zuständig ist;
3. die Rechtsstreitigkeiten über
  - a) Zwangsvollstreckung in anderes als unbewegliches Vermögen (einschließlich der Klagen auf Erlaß des Vollstreckungsurteils und mit Einschluß von § 771 ZPO, dagegen mit Ausschluß der §§ 767—769 ZPO),
  - b) Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen und zur Erwirkung von Handlungen oder Unterlassungen (ZPO §§ 883 ff) sowie Offenbarungseid und Haft (ZPO §§ 899 ff), soweit nicht der III. Zivilsenat (Nr. 1 a) zuständig ist,
  - c) Anfechtung von Rechtsgeschäften eines Schuldners zum Nachteil seiner Gläubiger im Konkurs und außerhalb des Konkurses (KO §§ 29 ff, 196; AnfechtungsG), auch soweit Scheingeschäft behauptet wird;

4. die Entscheidungen nach § 47 Abs. 2 MSchG i. V. m. § 28 Abs. 2 und 3 FGG und Entscheidungen nach Artikel III des Dritten Gesetzes zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften vom 21. Dezember 1967 (BGBl. I, 1248).

#### Dem IX. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Angelegenheiten des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz) und des Bundesgesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes;
2. die Rechtsstreitigkeiten über Rückgriffsansprüche, die mit Rückerstattungssachen zusammenhängen.

#### Dem X. Zivilsenat (Patentsenat) sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Patentrecht und Gebrauchsmusterrecht nebst Verträgen hierüber;
2. die Rechtsstreitigkeiten aus Verträgen über die Benutzung eines Geheimverfahrens oder über die ausschließliche Verwertung nicht geschützter gewerblicher Erzeugnisse;
3. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiet der Arbeitnehmererfindungen;
4. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Sortenschutzgesetz, soweit sie nicht dem I. Zivilsenat (Nr. 3) zugewiesen sind;
5. die Patentnichtigkeitssachen, Zwangslizenzsachen und Patentrücknahmesachen;
6. die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden gegen Beschlüsse des Bundespatentgerichts in Patent- und Gebrauchsmustersachen sowie in Sortenschutzsachen, soweit letztere nicht dem I. Zivilsenat (Nr. 4) zugewiesen sind;
7. die Ansprüche gegen einen Patentanwalt aus Anlaß seiner Berufstätigkeit (Patentanwaltsgesetz) einschließlich von Schadensersatzansprüchen, soweit sie nicht dem I. Zivilsenat (Nr. 12) zugewiesen sind.

### II. Strafsenate

#### Dem I. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bamberg, Karlsruhe, München, Nürnberg, Saarbrücken und Stuttgart;
2. die Revisionen in Militärstrafsachen (zweiter Teil des Wehrstrafgesetzes vom 30. März 1957, BGBl. I, 298);
3. die Revisionen in Strafsachen wegen Vergehen gegen die Landesverteidigung (§§ 109—109 k StGB), soweit nicht der 3. Strafsenat dafür zuständig ist.

#### Dem 2. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bremen, Frankfurt am Main, Koblenz, Köln und Zweibrücken;
2. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (StPO §§ 12 ff, JGG § 42 Abs. 3), soweit nicht der 3. Strafsenat (Nr. 3 a) zuständig ist, die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 19 Abs. 2 Zuständigkeitsergänzungsg vom 7. August 1952, BGBl. III, 310—1, und die sonstigen Entscheidungen, die keinem anderen Strafsenat zugeteilt sind.

#### Dem 3. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen gegen die Urteile der Oberlandesgerichte im ersten Rechtszug und gegen die Urteile der in § 74 a GVG bezeichneten Strafkammern aus allen Oberlandesgerichtsbezirken, für den Bezirk des Kammergerichts jedoch nur insoweit, als sie nicht Fälle der Verschleppung und der politischen Verdächtigung (§§ 234 a, 241 a StGB; Berliner Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 14. Juni 1951, GVBl. 417) betreffen;
2. die Beschwerden gegen
  - a) Beschlüsse und Verfügungen der Oberlandesgerichte in den in § 304 Abs. 4 Satz 2, § 310 Abs. 1 StPO, § 102 Satz 2 JGG bestimmten Fällen,
  - b) Entscheidungen des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofes,
  - c) Entscheidungen des Untersuchungsrichters des Bundesgerichtshofes (Art. 5 Abs. 3 des Gesetzes zur allgemeinen

Einführung eines zweiten Rechtszuges in Staatsschutz-Strafsachen);

3. a) die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (StPO §§ 12 ff, JGG § 42 Abs. 3), soweit es sich um die durch §§ 74 a, 120 GVG begründete Zuständigkeit der Landgerichte und Oberlandesgerichte und um die durch § 102 JGG begründete Zuständigkeit der Jugendschöffengerichte handelt,
- b) die Entscheidungen nach § 121 Abs. 4 StPO,
- c) die Entscheidungen gemäß Art. 5 Abs. 1, Abs. 5 und Abs. 6 Satz 1, 3 des Gesetzes zur allgemeinen Einführung eines zweiten Rechtszuges in Staatsschutz-Strafsachen;
4. die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Oberlandesgerichts Düsseldorf.

#### Dem 4. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm;
2. die Revisionen in Verkehrsstrafsachen (einschließlich der Eisenbahn- und Luftunfälle mit Ausnahme von Unfällen der Berliner Stadtbahn);
3. die Entscheidungen nach § 27 des Deutschen Auslieferungsgesetzes vom 23. Dezember 1929.

#### Dem 5. (Berliner) Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Kammergerichts und für die Bezirke der Oberlandesgerichte Braunschweig, Celle, Hamburg, Oldenburg und Schleswig;
2. die Revisionen gegen die Entscheidungen der in § 74 a GVG bezeichneten Strafkammern des Bezirks des Kammergerichts, die Fälle der Verschleppung und der politischen Verdächtigung (StGB §§ 234 a, 241 a) betreffen;
3. die Revisionen in Strafsachen gegen Entscheidungen aller Gerichte, wenn es sich um die Anwendung des Berliner Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 14. Juni 1951, GVBl. 417, handelt;
4. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes gemäß § 23 Abs. 1, § 29 Abs. 1 EGGVG über die Rechtmäßigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Maßnahmen, die von den Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiet der Strafrechtspflege oder von den Vollzugsbehörden im Vollzug der Freiheitsstrafen, der Maßregeln der Sicherung und Besserung, des Jugendarrests und der Untersuchungshaft getroffen sind.

### III. Große Senate

(nachrichtlich)

Die Zuständigkeit des Großen Senates für Zivilsachen, des Großen Senates für Strafsachen und der Vereinigten Großen Senate ergibt sich aus dem Gerichtsverfassungsgesetz, dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, dem Deutschen Richtergesetz, der Bundesrechtsanwaltsordnung, der Patentanwaltsordnung, der Wirtschaftsprüferordnung und dem Steuerberatungsgesetz.

### IV. Kartellsenat

(nachrichtlich)

Der Kartellsenat ist kraft Gesetzes für die Entscheidungen über die in § 95 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen aufgeführten Rechtsmittel zuständig.

### V. Dienstgericht des Bundes

(nachrichtlich)

Das Dienstgericht des Bundes ist kraft Gesetzes in denjenigen Angelegenheiten von Richtern, Mitgliedern des Bundesrechnungshofes, Staatsanwälten sowie Bundes- und Landesanwälten zuständig, die ihm durch das Deutsche Richtergesetz übertragen sind.

### VI. Senat für Notarsachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Notarsachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Bundesnotarordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 108 Abs. 2 BNotO i. V. m. § 109 BRAO, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

### VII. Senat für Anwaltssachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Anwaltssachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Bundesrechtsanwaltsordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 109 BRAO, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

### VIII. Senat für Patentanwaltssachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Patentanwaltssachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Patentanwaltsordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 93 Abs. 2 Patentanwaltsordnung, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

### IX. Senat für Wirtschaftsprüfersachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Wirtschaftsprüfersachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Wirtschaftsprüferordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 77 Abs. 2 der Wirtschaftsprüferordnung, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

### X. Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigten-sachen

(nachrichtlich)

Der Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigten-sachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in dem Steuerberatungsgesetz dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 56 Abs. 2 Steuerberatungsgesetz, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

### Schlußbestimmungen zur Geschäftsverteilung

#### I.

Erachtet ein Senat vor Anberaumung eines Termins zur mündlichen Verhandlung einer bei ihm anhängig gemachten Sache einstimmig, daß sie nach der Art des anzuwendenden Rechtes vor einen anderen bestimmten Senat gehöre, so ist sie dorthin abzugeben, falls nicht die Abgabe aus besonderen Gründen unzumutbar erscheint. Der Abgabebeschluß ist für den Senat, an den die Sache verwiesen ist, bindend.

#### II.

Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreits entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn das aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.

#### III.

1. Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Senat eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals, wenn auch wegen eines anderen Teiles desselben Anspruchs, sei es in dem bisherigen oder in einem neuen Prozeß, an den Bundesgerichtshof gelangen, gehören vor jenen Senat, selbst wenn inzwischen eine Änderung der Geschäftsverteilung Platz gegriffen hat. Die Sache kann jedoch dem nach dem Geschäftsverteilungsplan an sich zuständigen Senat mit dessen Zustimmung zugewiesen werden, wenn besondere Gründe hierfür sprechen.

2. Rechtsstreitigkeiten in Zivilsachen, die im Geschäftsjahr 1969 auf einen anderen Senat übergegangen sind, gehören in Abweichung von Absatz 1 auch dann zu dem für das Sachgebiet nunmehr zuständigen Senat, wenn sie nochmals an den Bundesgerichtshof gelangen (sog. Rückläufer).

#### IV.

1. Für Vertragshilfesachen aus dem Vertragshilfegesetz vom 26. März 1952 ist jeweils derjenige Zivilsenat zuständig, zu dessen Rechtsgebiet die zu regulierende Verbindlichkeit gehört. Sind mehrere Verbindlichkeiten zu regulieren, so entscheidet die dem Betrage nach höchste Verbindlichkeit.



2. Für Rechtsstreitigkeiten über Vergleiche ist derjenige Senat zuständig, dem das Rechtsgebiet zugewiesen ist, auf das sich der Vergleich bezieht.

#### V.

Rechtsbeschwerden nach § 79 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 sind im Hinblick auf die Geschäftsverteilung wie Revisionen zu behandeln.

#### VI.

Strafsachen, in denen ein Senat eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals an den Bundesgerichtshof gelangen, werden wieder von diesem Senat bearbeitet, selbst wenn der Geschäftsverteilungsplan inzwischen geändert worden ist.

#### VII.

Betrifft in einer Vorlegungssache die zur Entscheidung gestellte Rechtsfrage ein Rechtsgebiet, das zur Zuständigkeit

eines bestimmten Strafsenats gehört, so ist dieser Senat für die Entscheidung über die Vorlegungssache zuständig, gleichgültig, ob sich die Vorlegung auf § 120 Abs. 3 GVG oder auf § 121 Abs. 2 GVG stützt.

#### VIII.

Wird der Bundesgerichtshof gemäß § 82 Abs. 4 Satz 2 BVerfGG ersucht, seine Erwägungen zu einer für die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erheblichen Rechtsfrage darzulegen, so sind jeweils diejenigen Senate zur Stellungnahme berufen, deren im Geschäftsverteilungsplan ausgewiesener Zuständigkeitsbereich durch die Rechtsfrage berührt wird. Ergibt sich nach dem Geschäftsverteilungsplan keine besondere Zuständigkeit eines oder einzelner Senate, so sind — je nach Art der Rechtsfrage — alle Zivil- oder Strafsenate oder auch sämtliche Senate zur Stellungnahme berufen. Die Stellungnahmen werden vom Präsidenten des Bundesgerichtshofes gesammelt und dem Bundesverfassungsgericht übersandt.

## B. Besetzung der Senate

(Stand 1. Januar 1970)

### I. Zivilsenate

#### I. Zivilsenat

Senatspräsidentin	Dr. Krüger-Nieland	
Bundesrichter	Pehle	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Dr. Sprengmann	(in erster Linie KS)
Bundesrichter	Alff	
Bundesrichter	Dr. Simon	
Bundesrichter	Dr. Merkel	
Bundesrichter	Dr. Girisch	
Bundesrichter	Dr. Schönberg	

#### II. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Kuhn	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
		(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Liesecke	
Bundesrichter	Dr. Schulze	
Bundesrichter	Fleck	
Bundesrichter	Stimpel	(außerdem KS)
Bundesrichter	Dr. Bauer	
Bundesrichter	Dr. Kellermann	(außerdem KS)

#### III. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Pagendarm	
Bundesrichter	Dr. Kreft	(stellv. Vorsitzender, außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Dr. Arndt	(außerdem Senat für Notarsachen u. Senat für Anwaltssachen)
Bundesrichter	Dr. Beyer	
Bundesrichter	Dr. Hußla	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Gähtgens	
Bundesrichter	Keßler	

#### IV. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Hauß	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Johannsen	(stellv. Vorsitzender, außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Wüstenberg	
Bundesrichter	Dr. Pfretzschner	
Bundesrichter	Dr. Reinhardt	
Bundesrichter	Dr. Bukow	
Bundesrichter	Dr. Buchholz	

#### V. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Augustin	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
		(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Dr. Rothe	
Bundesrichter	Dr. Freitag	
Bundesrichter	Dr. Matern	
Bundesrichter	Hill	(in erster Linie KS)
Bundesrichter	Offertinger	(in erster Linie KS)
Bundesrichter	Dr. Grell	

### VI. Zivilsenat

Senatspräsident		(z. Z. nicht besetzt)
Bundesrichter	Dr. Weber	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Dr. Bode	
Bundesrichter	Prof. Dr. Nüßgens	
Bundesrichter	Sonnabend	
Bundesrichter	Dunz	
Bundesrichterin	Scheffen	

### VII. Zivilsenat

Vizepräsident	Glanzmann	(außerdem Senat für Notarsachen, Senat für Anwaltssachen und Senat für Patent-anwaltssachen)
Bundesrichter	Rietschel	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Erbel	
Bundesrichter	Hubert Meyer	
Bundesrichter	Dr. Vogt	(in erster Linie Senat für Anwaltssachen, außerdem Senat für Notarsachen und Senat für Patent-anwaltssachen)

Bundesrichter	Dr. Finke
Bundesrichter	Hans-Wolfgang Schmidt

### VIII. Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Haidinger	(außerdem Senat f. Notarsachen)
Bundesrichter	Dr. Gelhaar	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Artl	
Bundesrichter	Dr. Mezger	
Bundesrichter	Dr. Messner	
Bundesrichter	Mormann	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Braxmaier	(in erster Linie Senat für Anwaltssachen, außerdem Senat für Notarsachen)

### IX. Zivilsenat

Senatspräsident	Mai	
Bundesrichter	Dr. Graf	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Maaß	
Bundesrichter	von der Mühlen	
Bundesrichter	Zorn	
Bundesrichter	Dr. Woesner	
Bundesrichter	Henkel	

### X. Zivilsenat (Patentsenat)

Senatspräsident	Dr. Spreng	
Bundesrichter	Dr. Löscher	(stellv. Vorsitzender; in erster Linie KS)
Bundesrichter	Claßen	

Bundesrichter	Schneider	(in erster Linie Senat für Patentanwalts-sachen)
Bundesrichter	Trüstedt	(außerdem Senat für Patentanwalts-sachen)
Bundesrichter	Ballhaus	
Bundesrichter	Dr. Bruchhausen	

## II. Strafsenate

### 1. Strafsenat

Senatspräsident	.....	(z. Zt. nicht besetzt)
Bundesrichter	Dr. Seibert	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Loesdau	
Bundesrichter	Dr. Mösl	
Bundesrichter	Pikart	
Bundesrichter	Dr. Pfeiffer	
Bundesrichter	Zipfel	

### 2. Strafsenat

Senatspräsident	Dr. Baldus	(außerdem Dienstgericht des Bundes, Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerberater- u. Steuerbevollm.-sachen)
Bundesrichter	Dr. Willms	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Kirchhof	(in erster Linie Senat für Anwaltssachen, außerdem Senat f. Notarsachen, Senat f. Patentanwalts-sachen, Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen)
Bundesrichter	Henning	(außerdem Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen)
Bundesrichter	Dr. Müller	(außerdem Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen)
Bundesrichter	Baumgarten	
Bundesrichter	Dr. Fritz Meyer	(nach Beendigung seiner Abordnung an den Deutschen Bundestag)

### 3. Strafsenat

Senatspräsident	Scharpenseel	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Dr. Faller	(stellv. Vorsitzender; in erster Linie KS, außerdem Senat f. Anwaltssachen)
Bundesrichter	Dr. Wiefels	
Bundesrichter	Albrecht Mayer	
Bundesrichter	Neifer	
Bundesrichter	Dr. Schubath	

### 4. Strafsenat

Senatspräsident	Gerd Meyer	(außerdem Dienstgericht des Bundes, Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen)
Bundesrichter	Dr. Sanders	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Börtzler	(in erster Linie Senat f. Anwaltssachen, außerdem Senat f. Notarsachen u. Senat f. Patentanwalts-sachen)
Bundesrichter	Christian Mayr	
Bundesrichter	Dr. Dr. Spiegel	
Bundesrichter	Hürxthal	

## 5. (Berliner) Strafsenat

Senatspräsident	Prof. Dr. h. c. Sarstedt	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Adolf Schmidt	(stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Siemer	
Bundesrichter	Rudolf Schmitt	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Dr. Börker	(außerdem Dienstgericht des Bundes)
Bundesrichter	Herrmann	
Bundesrichter	Fleischmann	

## III. Große Senate

Besetzung für die Geschäftsjahre 1969 und 1970

### Zivilsachen

Vorsitzender (kraft Gesetzes):	Präsident des Bundesgerichtshofes Dr. Fischer
Stellvertretender Vorsitzender (kraft Gesetzes):	Vizepräsident des Bundesgerichtshofes Glanzmann
Mitglieder:	Vertreter:
Senatspräsidentin Dr. Krüger-Nieland (I. ZS)	Bundesrichter Dr. Löscher (X. ZS)
Bundesrichter Stimpel (II. ZS)	Senatspräsident Dr. Kuhn (II. ZS)
Bundesrichter Dr. Kreft (III. ZS)	Bundesrichter Dr. Hußla (III. ZS)
Senatspräsident Dr. Hauß (IV. ZS)	Bundesrichter Johannsen (IV. ZS)
Bundesrichter Hill (V. ZS)	Bundesrichter Dr. Mattern (V. ZS)
Bundesrichter Professor Dr. Nüßgens (VI. ZS)	Bundesrichter Dr. Weber (VI. ZS)
Bundesrichter Hubert Meyer (VII. ZS)	Bundesrichter Dr. Vogt (VII. ZS)
Bundesrichter Mormann (VIII. ZS)	Bundesrichter Dr. Mezger (VIII. ZS)

### Strafsachen

Vorsitzender (kraft Gesetzes):	Präsident des Bundesgerichtshofes Dr. Fischer
Stellvertretender Vorsitzender (kraft Gesetzes):	Vizepräsident des Bundesgerichtshofes Glanzmann
Mitglieder:	Vertreter:
Bundesrichter Dr. Pfeiffer (1. StS)	Senatspräsident Dr. Hübner (1. StS, seit 1. 1. 1970 im Ruhestand)
Senatspräsident Dr. Baldus (2. StS)	Senatspräsident Gerd Meyer (4. StS)
Bundesrichter Dr. Willms (2. StS)	Bundesrichter Albrecht Mayer (3. StS)
Bundesrichter Dr. Faller (3. StS)	Senatspräsident Scharpenseel (3. StS)
Bundesrichter Börtzler (4. StS)	Bundesrichter Hürxthal (4. StS)
Bundesrichter Dr. Dr. Spiegel (4. StS)	Senatspräsident Dr. Rotberg (4. StS, seit 1. 9. 1969 im Ruhestand)
Senatspräsident Prof. Dr. h. c. Sarstedt (5. StS)	Bundesrichter Herrmann (5. StS)
Bundesrichter Rudolf Schmitt (5. StS)	Bundesrichter Dr. Börker (5. StS)

#### IV. Kartellsenat

Präsident des Bundesgerichtshofes	Dr. Fischer
Bundesrichter	Dr. Löscher (stellv. Vorsitzender, außerdem X. ZS)
Bundesrichter	Hill (außerdem V. ZS)
Bundesrichter	Offterding (außerdem V. ZS)
Bundesrichter	Dr. Faller (außerdem 3. StS und Senat für Anwaltschaftsachen)
Bundesrichter	Dr. Sprenkman (außerdem I. ZS)
Bundesrichter	Stimpel (II. ZS)
Bundesrichter	Dr. Kellermann (II. ZS)

#### V. Dienstgericht des Bundes

Besetzung für die Zeit vom 1. Januar 1967  
bis zum 31. Dezember 1971

Vorsitzender:	Senatspräsident Dr. Baldus (2. StS, außerdem Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuer- bevollm.-sachen)
Stellvertreter des Vorsitzenden:	Senatspräsident Prof. Dr. h. c. Sarstedt (5. StS) Senatspräsident Scharpenseel (3. StS)
ständige Beisitzer:	Senatspräsident Gerd Meyer (4. StS, außerdem Senat f. WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuer- bevollm.-sachen) Bundesrichter Mormann (VIII. ZS) Bundesrichter Dr. Hußla (III. ZS)
Vertreter der ständigen Beisitzer:	Bundesrichter Rudolf Schmitt (5. StS) Senatspräsident Dr. Hauß (IV. ZS)
nichtständige Beisitzer:	
a) Mitglieder des Bundesgerichtshofes:	
Beisitzer:	Senatspräsident Dr. Augustin (V. ZS) Bundesrichter Dr. Kreft (III. ZS)
Vertreter:	Bundesrichter Johannsen (IV. ZS) Senatspräsident Dr. Kuhn (II. ZS) Bundesrichter Dr. Börker (5. StS)
b) Mitglieder des Bundesverwaltungsgerichts:	
Beisitzer:	Senatspräsident Prof. Dr. Fürst Bundesrichter Weber-Lortsch
Vertreter:	Senatspräsident Prof. Hering Bundesrichter Dr. Nehlert
c) Mitglieder des Bundesfinanzhofs:	
Beisitzer:	Senatspräsident Barske Senatspräsident Dr. Rahn
Vertreter:	Senatspräsident Dr. Berger Senatspräsident Dr. Ringleb
d) Mitglieder des Bundesarbeitsgerichts:	
Beisitzer:	Senatspräsident Prof. Dr. Stumpf Bundesrichter Dr. Pecher
Vertreter:	Senatspräsident Dr. Poelmann Bundesrichter Wichmann
e) Mitglieder des Bundessozialgerichts:	
Beisitzer:	Senatspräsident Dr. Langkeit Senatspräsident Dr. Haußen
Vertreter:	Senatspräsident Dr. Neuhaus Senatspräsident Penquitt
f) Mitglieder des Bundesrechnungshofs:	
Beisitzer:	Direktor b. Bundesrechnungshof Dr. Sina Ministerialrat Hasper
Vertreter:	Direktor b. Bundesrechnungshof Irmer Ministerialrat Faber

#### VI. Senat für Notarsachen

Besetzung für die Zeit vom 1. April 1969 bis zum 31. März 1973	
Vorsitzender:	Vizepräsident Glanzmann (VII. ZS, außerdem Senat für Anwaltschaftsachen u. Senat für Patentanwaltschaftsachen)

Stellvertretender  
Vorsitzender:  
Beisitzende  
Mitglieder  
des Bundesgerichts-  
hofes:

Vertreter:

Senatspräsident Dr. Haidinger (VIII. ZS)
Bundesrichter Dr. Arndt (III. ZS, außerdem Senat für Anwaltschaftsachen)
Bundesrichter Börtzler (in erster Linie Senat für Anwaltschaftsachen, außerdem 4. StS u. Senat für Patentanwaltschaftsachen)
Bundesrichter Braxmaier (in erster Linie Senat für Anwaltschaftsachen, außerdem VIII. ZS)
Bundesrichter Dr. Vogt (in erster Linie Senat für Anwaltschaftsachen, außerdem VII. ZS und Senat f. Patentanwaltschaftsachen)
Bundesrichter Kirchhof (in erster Linie Senat f. Anwaltschaftsachen, außerdem 2. StS, Senat für Patentanwaltschaftsachen, Senat für WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen)

#### VII. Senat für Anwaltschaftsachen

Vorsitzender (kraft Gesetzes):	Präsident des Bundesgerichtshofes Dr. Fischer
Stellvertretender Vorsitzender:	Vizepräsident Glanzmann (VII. ZS, außerdem Senat für Notarsachen u. Senat f. Patentanwaltschaftsachen)
Beisitzende Mitglieder des Bundesgerichts- hofes:	Bundesrichter Dr. Vogt (außerdem VII. ZS, Senat für Notarsachen u. Senat f. Patentanwaltschaftsachen) Bundesrichter Kirchhof (außerdem 2. StS, Senat für Notarsachen, Senat f. Patentanwaltschaftsachen, Senat für WiPrüfers. u. Senat f. Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen) Bundesrichter Börtzler (außerdem 4. StS, Senat für Notarsachen u. Senat f. Patentanwaltschaftsachen) Bundesrichter Braxmaier (außerdem VIII. ZS und Senat für Notarsachen)
Vertreter:	Bundesrichter Dr. Arndt (III. ZS, außerdem Senat für Notarsachen) Bundesrichter Dr. Faller (in erster Linie KS, außerdem 3. StS)

#### VIII. Senat für Patentanwaltschaftsachen

Vorsitzender:	Vizepräsident Glanzmann (VII. ZS, außerdem Senat für Notarsachen und Senat für Anwaltschaftsachen)
Beisitzende Mit- glieder des Bundes- gerichtshofes:	Bundesrichter Dr. Vogt (stellv. Vorsitzender, in erster Linie Senat für Anwaltschaftsachen, außerdem VII. ZS u. Senat für Notarsachen) Bundesrichter Börtzler (in erster Linie Senat für Anwaltschaftsachen, außerdem 4. StS und Senat für Notarsachen) Bundesrichter Schneider (außerdem X. ZS)
Vertreter:	Bundesrichter Trüstedt (X. ZS) Bundesrichter Kirchhof (in erster Linie Senat für Anwaltschaftsachen, außerdem 2. StS, Senat für Notarsachen, Senat für WiPrüfers., Senat für Steuerber.- und Steuerbevollm.-sachen)



## IX. Senat für Wirtschaftsprüfersachen

Vorsitzender:	Senatspräsident Dr. Baldus (2. StS, außerdem Dienstgericht des Bundes und Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigten-sachen)
Beisitzende Mitglieder des Bundesgerichtshofes:	Bundesrichter Kirchhof (stellv. Vorsitzender, in erster Linie Senat für Anwaltssachen, außerdem 2. StS, Senat für Notarsachen, Senat für Patentanwaltssachen und Senat für Steuerber.- u. Steuerbevollm.-sachen) Bundesrichter Henning (2. StS, außerdem Senat für Steuerberater- und Steuerbevollm.-sachen)
Vertreter:	Bundesrichter Dr. Müller (2. StS, außerdem Senat für Steuerberater- und Steuerbevollm.-sachen) Senatspräsident Gerd Meyer (4. StS, außerdem Dienstgericht des Bundes und Senat für Steuerberater- und Steuerbevollm.-sachen)

## X. Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigten-sachen

Vorsitzender:	Senatspräsident Dr. Baldus (2. StS, außerdem Dienstgericht des Bundes und Senat für Wirtschaftsprüfersachen)
Beisitzende Mitglieder des Bundesgerichtshofes:	Bundesrichter Kirchhof (stellv. Vorsitzender, in erster Linie Senat für Anwaltssachen, außerdem 2. StS, Senat für Notarsachen, Senat für Patentanwaltssachen und Senat für Wirtschaftsprüfersachen) Bundesrichter Henning (2. StS, außerdem Senat für Wirtschaftsprüfersachen)
Vertreter:	Bundesrichter Dr. Müller (2. StS, außerdem Senat für Wirtschaftsprüfersachen) Senatspräsident Gerd Meyer (4. StS, außerdem Dienstgericht des Bundes und Senat für Wirtschaftsprüfersachen)

## XI. Vertretung und Zugehörigkeit zu mehreren Senaten

### I.

Soweit ein Richter mehreren Senaten angehört und von mehreren Senaten gleichzeitig benötigt wird, geht die Anforderung des Senates vor, dem der Richter in erster Linie zuge-  
teilt ist. Die Anforderung der Großen Senate und des Dienst-  
gerichts des Bundes geht allen anderen Anforderungen vor.

### II.

#### a) Vertretung in den Zivilsenaten

1. Es vertreten sich jeweils gegenseitig die Mitglieder des I. und des X. Zivilsenats, des II. und des VII. Zivilsenats, des IV. und des VIII. Zivilsenats, des III. und des VI. Zivilsenats sowie des V. und des IX. Zivilsenats.

Die Mitglieder des Kartellsenats werden von den Mit-  
gliedern des I. Zivilsenats vertreten.

2. In eiligen Fällen kann jeder Zivilsenat darüber hinaus alle anderen Senate in ihrer nummernmäßigen Reihen-  
folge, beginnend mit dem der Nummer nach folgenden Senat, auf Gewährung eines Vertreters in Anspruch nehmen.

#### b) Vertretung in den Strafsenaten

1. Es vertreten sich jeweils gegenseitig die Mitglieder des 1. und des 3. Strafsenats sowie die Mitglieder des 2. und des 4. Strafsenats.
2. Sind in einer Revisions-Strafsache, die zur Zuständigkeit des 3. Strafsenats gehört, so viele Mitglieder des Senats gemäß § 22 Nr. 1 StPO von der Ausübung des Richter-  
amtes kraft Gesetzes ausgeschlossen, daß der Senat ohne Zuziehung von Vertretern nicht mehr ordnungsgemäß besetzt ist, so ist an seiner Stelle der 2. Strafsenat zuständig.
3. Zur Vertretung der Mitglieder des 5. (Berliner) Straf-  
senats ist in der Reihenfolge der Vertretungsfälle jeweils ein Mitglied der Strafsenate 1, 2 und 4 in dieser Reihen-  
folge berufen.

#### c) Bestimmung der im Einzelfall zur Vertretung berufenen Senatsmitglieder

Soweit ein Senat gemäß der vorstehenden Vertretungs-  
regelung einen nicht namentlich bezeichneten Vertreter zur Verfügung zu stellen hat, sind die dem Senat angehörenden Bundesrichter in der Reihenfolge vom niedrigsten bis zum höchsten Dienstalter nacheinander zur Vertretung berufen. Ist der hiernach zur Vertretung berufene Bundesrichter an der Vertretung verhindert, so tritt der im Dienstalter fol-  
gende Bundesrichter für ihn ein.

- d) Ist ein Mitglied der Großen Senate des Bundesgerichtshofes und zugleich sein Vertreter verhindert, die ihm obliegenden Geschäfte innerhalb des Großen Senats wahrzunehmen, so tritt an die Stelle des jeweiligen ordentlichen Vertreters derjenige Vertreter im Großen Senat für Zivilsachen oder Strafsachen, der jeweils in der allgemeinen Reihenfolge der Vertreter auf den verhinderten Vertreter folgt.

## C. Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes

(Gesetz zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes vom 19. Juni 1968 — Bundesgesetzbl. I S. 661)

- a) Dem Gemeinsamen Senat gehören nach dem Gesetz an:  
der Präsident des Bundesgerichtshofes Dr. Fischer,  
die Präsidenten der jeweils beteiligten Senate des Bundesgerichtshofes.

Bei Verhinderung des Präsidenten des Bundesgerichtshofes tritt der Vizepräsident des Bundesgerichtshofes, bei dessen Verhinderung der im Dienstalter folgende Senatspräsident in den Gemeinsamen Senat ein.

Bei Verhinderung des Präsidenten eines beteiligten Senats tritt sein regelmäßiger Vertreter im Vorsitz und bei dessen Verhinderung ein Mitglied des Senats jeweils in der Reihen-  
folge des Dienstalters ein. Tritt der regelmäßige Vertreter an Stelle des Senatspräsidenten in den Gemeinsamen Senat ein und ist er zugleich als Mitglied des Gemeinsamen Senats nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes bestimmt, so tritt für ihn als zu entsendendes Mitglied sein Vertreter ein.

- b) In den Gemeinsamen Senat werden gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2 und 4 des Gesetzes vom 19. Juni 1968 für die Ge-  
schäftsjahre 1969 und 1970 folgende Richter entsandt:

I. Zivilsenat	Bundesrichter Pehle Vertreter: Bundesrichter Dr. Simon
II. Zivilsenat	Bundesrichter Fleck Vertreter: Bundesrichter Stimpel
III. Zivilsenat	Bundesrichter Dr. Kreft Vertreter: Bundesrichter Dr. Arndt
IV. Zivilsenat	Bundesrichter Dr. Bukow Vertreter: Bundesrichter Dr. Pfretzschner



V. Zivilsenat	Bundesrichter Dr. Rothe Vertreter: Bundesrichter Dr. Freitag
VI. Zivilsenat	Bundesrichter Prof. Dr. Nüßgens Vertreter: Bundesrichter Sonnabend
VII. Zivilsenat	Bundesrichter Hubert Meyer Vertreter: Bundesrichter Dr. Vogt
VIII. Zivilsenat	Bundesrichter Mormann Vertreter: Bundesrichter Dr. Mezger
IX. Zivilsenat	Bundesrichter Dr. Graf Vertreter: Bundesrichter Zorn
X. Zivilsenat	Bundesrichter Dr. Löscher Vertreter: Bundesrichter Ballhaus
1. Strafsenat	Bundesrichter Loesdau Vertreter: Bundesrichter Dr. Pfeiffer
2. Strafsenat	Bundesrichter Dr. Willms Vertreter: Bundesrichter Kirchhof
3. Strafsenat	Bundesrichter Dr. Faller Vertreter: Bundesrichter Dr. Wiefels
4. Strafsenat	Bundesrichter Börtzler Vertreter: Bundesrichter Christian Mayr
5. Strafsenat	Bundesrichter Herrmann Vertreter: Bundesrichter Rudolf Schmitt
Große Senate Zivilsachen:	Senatspräsidentin Dr. Krüger-Nieland Senatspräsident Dr. Hauß Vertreter: Bundesrichter Hubert Meyer Bundesrichter Stimpel

Strafsachen:	Senatspräsident Dr. Baldus Senatspräsident Prof. Dr. h. c. Sarstedt Vertreter: Bundesrichter Dr. Willms Bundesrichter Dr. Faller
Kartellsenat	Bundesrichter Dr. Löscher Bundesrichter Hill Vertreter: Bundesrichter Offterdinger Bundesrichter Dr. Sprengmann
Dienstgericht des Bundes	Senatspräsident Gerd Meyer Vertreter: Bundesrichter Mormann Bundesrichter Dr. Arndt
Senat für Notarsachen	Vertreter: Bundesrichter Börtzler Vizepräsident des Bundesgerichtshofes Glanzmann Bundesrichter Börtzler
Senat für Anwaltssachen	Vertreter: Bundesrichter Dr. Vogt Bundesrichter Kirchhof Bundesrichter Dr. Vogt Vertreter: Bundesrichter Börtzler
Senat für Patent- anwaltssachen	Bundesrichter Kirchhof Vertreter: Bundesrichter Henning Bundesrichter Kirchhof Vertreter: Bundesrichter Henning
Senat für Steuer- berater- und Steuer- bevollmächtigten- sachen	Bundesrichter Kirchhof Vertreter: Bundesrichter Henning

Ist auch der namentlich benannte Stellvertreter des zu entscheidenden Richters verhindert, so tritt ein anderes Mitglied des beteiligten Senats jeweils in der Reihenfolge des Dienstalters in den Gemeinsamen Senat ein.